



Informationsvorlage

TOP:
Vorlagen-Nummer: **V/2010/09114**
Datum: 01.09.2010
Bezug-Nummer.
Kostenstelle/Unterabschnitt: 1.6100.650000
Verfasser: Dezernat II Planen
und Bauen

Beratungsfolge	Termin	Status
Ausschuss für Planungsangelegenheiten	14.09.2010	öffentlich Kenntnisnahme

Betreff: Information zum Vorgehen bei der Aufstellung des
Verkehrsentwicklungsplanes Halle 2025

Dr. Thomas Pohlack
Bürgermeister

Ausschuss für Planungsangelegenheiten

Information zum Vorgehen bei der Aufstellung des Verkehrsentwicklungsplans Halle (Saale) 2025

Vorlage: V/2010/09114

TOP: 8.2

Ausgangssituation

Das letzte vom Stadtrat verabschiedete komplexe Papier zur Verkehrsentwicklung in Halle stammt aus dem Jahr 1997. Das „Verkehrspolitische Leitbild“ sollte nach einer Dauer von 10 Jahren überprüft werden, ohne dass jedoch seine Gültigkeit in Frage gestellt wird. Hintergrund waren die in den 90er Jahren geführten intensiven verkehrspolitischen Diskussionen.

Mit dem Stadtratsbeschluss vom Februar 2010 wurde die Verwaltung beauftragt, an diese Tradition anzuknüpfen und in einem beschränkt öffentlichen Diskussionsprozess den Verkehrsentwicklungsplan (VEP) Halle (Saale) 2025 aufzustellen. Die politische Verabschiedung und Veröffentlichung soll Ende 2013 erfolgen.

Vorgehensweise

Der Termin für die Auftaktveranstaltung wurde auf den 10. November von 16 bis ca. 19 Uhr festgelegt. In der Veranstaltung sollen Informationen zum Planungsanlass und -ablauf gegeben werden. Anschließend soll aus dem Kreis der Interessierten eine feste Arbeitsgruppe von ca. 15 bis 20 Personen gebildet werden, die zu einer Mitarbeit an 2 bis 3 Terminen pro Kalenderjahr bereit sind. Angeschrieben werden zu diesem Zweck in Halle ansässige Vereinigungen von engagierten Einwohnerinnen und Einwohnern, die sich in der Vergangenheit unter anderem mit Verkehrsthematiken beschäftigt haben. Außerdem sind die Fraktionen des Stadtrates sowie Vertreter der Verwaltung eingeladen.

Die inhaltliche Erarbeitung soll in folgenden Schritten erfolgen, wie sie in der Sitzung des Planungsausschusses am 13.4.2010 vorgeschlagen wurden:

1. Altstadt/ruhender Verkehr	Januar- April	2011
2. Wirtschaftsstandorte und Wirtschaftsverkehr	September- Dezember	2011
3. Straßennetz/Saaleübergänge/Hochstraße/Tangenten	September - Dezember	2012
4. ÖPNV/Straßenbahn	Mai - Juli	2011
5. Fuß-/Radverkehr	Januar- April	2012
6. Großwohnsiedlungen/Stadtumbau	Mai - Juli	2012

Dieses Programm soll auch in der Auftaktveranstaltung bekannt gemacht werden, so dass für die einzelnen Themen noch Ergänzungen in Bezug auf fachliche Inhalte oder ggf. einzuladende Experten gegeben werden können.

Im Mittelpunkt der Bearbeitung jedes Themas soll (mindestens) eine zentrale Veranstaltung stehen, die durch die Verwaltung und ein Planungsbüro vorbereitet wird. Die Veranstaltung selbst wird durch die Arbeitsgruppe sowie einen unabhängigen externen Moderator gestaltet. Anschließend erfolgt die fachliche Nachbereitung und Dokumentation der Ergebnisse.

Die Leistungen für einen thematischen Block umfassen konzeptionelle sowie thematische Vorberatungen für die extern moderierte Diskussions- und Planungsveranstaltung, das Projektmanagement, die Durchführung der Veranstaltung einschließlich Tagungstechnik, Protokollführung und Dokumentation sowie eine fachliche Nachbereitung, bei der veröffentlichungsfähiges Material entsteht.

Weiterhin sind ggf. Ergänzungen der diskutierten Inhalte durch selbständige Fachbeiträge notwendig, die durch externe Büros erarbeitet werden sollen und deren Erstellung nicht im thematischen Block abgedeckt ist. Ob und in welchem Umfang dies notwendig wird, entscheidet sich erst in der Arbeitsphase der ehrenamtlichen Gruppe.

Die Mittelfreigaben werden jeweils nach Arbeitsfortschritt und Bedarf beantragt. Der Terminplan bis Ende 2013 kann nur eingehalten werden, wenn die Finanzierung des jeweiligen Bausteins sichergestellt wird.

Der Planungsausschuss wird über den Arbeitsfortschritt informiert und erhält die Protokolle der Arbeitsgruppe zur Kenntnis.

Abschluss

Die Ergebnisse der jeweiligen thematischen Bausteine sollen dann – bei planmäßigem Ablauf – im Jahr 2013 zu einer Beschlussvorlage zusammengefasst werden. Anschließend erfolgt die Beratung in den politischen Gremien, die Beschlussfassung und die Veröffentlichung, voraussichtlich als kostenpflichtige Broschüre.